

## VERANSTALTUNGSBERICHT

Tobias Müller

<b>Titel:</b>	<b>Turkish-U.S. Relations: Looking Ahead</b>
<b>Thema:</b>	<b>Außenpolitik der Türkei</b>
<b>Veranstalter:</b>	<b>Brookings Institution – Center on the United States and Europe</b>
<b>Art:</b>	<b>Pressegespräch</b>
<b>Datum:</b>	<b>06.07.06</b>

**Strobe Talbott**, Präsident der *Brookings Institution*, beschrieb die Türkei als einen zentralen Bündnispartner der Vereinigten Staaten. Türkische Truppen hätten neben Amerikanern in Korea gekämpft. Darüber hinaus sei die Türkei allzeit ein verlässlicher Verbündeter gewesen. Vor allem seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion habe das Land in seiner Rolle als mehrheitlich von Muslimen bevölkerte, säkuläre Demokratie und seiner überaus starken Bindung an den Westen eine wesentliche Rolle im Nahen Osten gespielt. So liefere die Türkei den Beweis dafür, dass muslimische Gesellschaften durchaus zu einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung fähig seien. Nicht zuletzt vertrete man in den Vereinigten Staaten auch deswegen die Meinung, dass ein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union unerlässlich sei.

**Abdullah Gül**, stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Türkei, betonte den traditionellen Erfolg der Allianz zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten. Ebenso bestätigte er die Wichtigkeit der, für ein muslimisches Land einzigartigen, türkischen Demokratie. Diese solle als ein Geschenk an die Welt verstanden werden. Die türkische Demokratie werde durch fortschreitende und weitreichende Reformen der Legislative und der Exekutive zunehmend vertieft. Hierbei konzentriere man sich auf wirtschaftliche und politische Neuerungen in der Hoffnung, dass diese sich gegenseitig verstärken. Schließlich sei man sich in der Türkei bewusst, dass die islamischen Staaten vor dem Hintergrund der Broader Middle East Initiative (BMENA) ihr „eigenes Haus in Ordnung halten“ müssten. Auch deshalb seien die Bekundungen gemeinsamer demokratischer Werte seitens der türkischen Regierung mehr als schlichte Lippenbekenntnisse. Die nachhaltige Ernsthaftigkeit dieses Reformwillens verleihe der Türkei eine entscheidende Überzeugungskraft im Dialog mit ihren direkten Nachbarn. Dies sei auch für den Westen äußerst vorteilhaft. In Anbetracht der demokratischen Reformen verstehe man in Ankara allerdings die Sorge über eine mögliche Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei. Das Gegenteil sei jedoch zu erwarten. Eine demokratischere Türkei wäre ein fähiger und selbstbewusster Partner. Der Reformprozess werde dem Land helfen, bessere Antworten auf die Herausforderungen der Region und der internationalen Gemeinschaft zu finden. Das am Vortag mit Condoleezza Rice

vereinbarte Grundsatzpapier<sup>1</sup> bekräftige demnach den gemeinsamen Willen, weiterhin eine stabile und starke Beziehung zwischen beiden Staaten zu unterhalten. Gemeinsame Ziele und Visionen seien unter anderem die Verbreitung und Stabilisierung der Demokratie im Nahen Osten, die Lösung des Konflikts zwischen Israel und Palästina, die Bekämpfung des Terrorismus sowie eine zukünftig sichere Energieversorgung.

In der anschließenden Fragerunde, moderiert von **Philip H. Gordon**, Direktor des *Brookings Center on the United States and Europe*, waren die Hauptthemen der Disput über den sogenannten „Genozid“ in Armenien, der Beitrittsprozess zur Europäischen Union und die Zypern-Frage sowie die Rolle der Türkei im Nahen Osten, insbesondere in Bezug auf den Irak und den Iran. So habe man in der Türkei gegenüber Armenien keine feindseligen Gefühle. Auch die Anwesenheit von rund 45.000 armenischen Gastarbeitern im Osten der Türkei werde ohne weitere Schwierigkeiten toleriert. Lediglich die in der Türkei komfortabel lebende armenische Diaspora neige dazu, Unannehmlichkeiten zu verursachen. Trotz der offenen Haltung gegenüber Armeniens sei man jedoch in keinster Weise gewillt, die Geschehnisse der Jahre 1915 bis 1917 als Genozid zu bezeichnen. Vielmehr habe es sich, unter ranghoher armenischer Beteiligung an der damaligen osmanischen Regierung, um eine Niederschlagung von Rebellen zu Zeiten eines Zweifrontenkrieges gehandelt. Zu entsprechenden historischen Untersuchungsausschüssen habe man unlängst auch Armenische Wissenschaftler eingeladen.

Ein Beitritt zur Europäischen Union könne in keinster Weise das türkische Wirtschaftswachstum bremsen, schließlich sei die Türkei vom Internationalen Währungsfonds als Paradebeispiel für wirtschaftliche Entwicklung ausgewiesen worden. Dies sei nicht zuletzt das Ergebnis der zuvor angepriesenen Reformen. Zudem erwarte man von einem EU-Beitritt, wenn überhaupt, einen positiven Impuls. Neben dem Disput mit den Armeniern müsse jedoch vor einem Beitritt auch die Zypern-Frage geklärt werden. In der Türkei sei man verärgert über die Reaktion der europäischen Staaten auf das Ergebnis des Referendums über die zypriotische Wiedervereinigung. So habe die türkische Bevölkerung auf der Mittelmeerinsel überwiegend für den von der UNO und der EU vorgeschlagenen Einigungsplan gestimmt, während der griechische Bevölkerungsteil diesen Plan mehrheitlich ablehnte. Nun sei es jedoch die türkische Seite, die durch das Verhängen von Embargos für das Scheitern des Referendums bestraft würde. Um den Verhandlungsprozess wieder in Gang zu setzen, habe die Türkei vorgeschlagen, die verhängten Embargos beiderseits aufzuheben. Der griechische Gegenvorschlag sehe jedoch nur die inakzeptable Aufhebung der Handelssperre seitens der türkischen Regierung vor.

Mit Blick auf den Nahen Osten bekräftigte Gül den Willen der Türkei, zwischen westlichen und islamischen Staaten eine Brückenfunktion zu erfüllen. So wolle der Außenminister im Rahmen der anstehenden Konferenz der Nachbarstaaten

---

<sup>1</sup> “Shared Vision and Structured Dialogue to Advance the Turkish-American Strategic Partnership”

Iraks versuchen, die Verhandlungen zwischen der westlichen Staatengemeinschaft und dem Iran bezüglich des Atomstreits zu fördern. Der Iran habe ein gutes Angebot erhalten und solle dieses nicht ausschlagen. Im Irak selbst versuche man, von Ankara aus seinen Beitrag zur Stabilisierung des Nordens zu leisten. Dort lebten immerhin die turkmenischen und kurdischen „Verwandten“ der türkischen Nation. So versorge man die irakischen Nordprovinzen mit Ressourcen und Sicherheit und versuche so, zu einem friedvollen Zusammenleben der hiesigen Bevölkerungsgruppen beizutragen. Politisch unterstütze man eine gerechte, den Bevölkerungsanteilen entsprechende Machtverteilung. So solle auch die Stadt Kirkuk nicht von einer einzelnen ethnischen oder religiösen Gruppe allein regiert werden. Vielmehr solle man auch dort eine multiethnische Machtaufteilung anstreben und gegebenenfalls durch ein Referendum bestätigen lassen. Unter allen Umständen müsse der Ausbruch von Gewalt in der Region verhindert werden.

Mit Blick auf die Situation innerhalb der türkischen Gesellschaft bestehe in der Öffentlichkeit weder Antisemitismus noch ein ausgeprägter Antiamerikanismus. In der Türkei stünden Kirchen, Synagogen und Moscheen nebeneinander, und die Regierung sei bemüht, jeder religiösen Minderheit ihre Rechte und Freiheiten zu gewähren. Gegenüber den Vereinigten Staaten äußere man lediglich Kritik an der aktuellen Regierungspolitik, stelle aber das freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden Ländern nicht in Frage. Ein akuter Streitpunkt sei zum Beispiel die amerikanische Politik im Norden Iraks, die den Terroristen der PKK-Bewegung einen sicheren Hafen zur Verfügung stelle. Trotz der traditionell unterstützenden Haltung der Amerikaner gegenüber türkischen Bestrebungen, die Aktivitäten der PKK einzudämmen, stoße die jüngste Politik der Vereinigten Staaten auf Unverständnis.